



Rezension

Im Hype des besten Weges zum Frieden

(1) Christoph Weller, Ulrich Ratsch, Reinhard Mutz, Bruno Schoch und Corinna Hauswedell (Hg.), *Friedensgutachten 2004*. LIT Verlag, Münster 2004, 326 Seiten, 12,90 EUR

(2) *Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, Ergänzungsband 1, Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Hg.). Mittler & Sohn-Verlag, Hamburg 2004, 488 Seiten, 29,90 EUR

(3) Ursula Blanke (Hg.), *Krisen und Konflikte. Von der Prävention zur Friedenskonsolidierung*. Berliner Wissenschafts-Verlag 2004, 298 Seiten, 25,00 EUR

(4) Christine Schweitzer, Björn Aust, Peter Schlotter (Hg.), *Demokratien im Krieg. AFK-Friedensschriften Band 31, Nomos Verlag, Baden-Baden 2004, 415 Seiten, 29,00 EUR*

(1) Das „Friedensgutachten 2004“ ist ein ärgerliches und überflüssiges Machwerk. In der Formulierung unscharf und widersprüchlich, in der politischen Aussage kontraproduktiv, in den preisgegebenen Intentionen larmoyant und in einem besonderen Fall beschämend – man wundert sich, dass renommierte Einrichtungen wie das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) sich dazu hergegeben haben. Besonders auffällig ist die den 29 Einzelanalysen vorgeschaltete „Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation“. Dass Stil und Sprachcode darunter leiden, wenn ein Text im Kollektiv erstellt wird, kann man nachvollziehen. Politisch kontraproduktiv ist aber der Versuch, Europa mit aller Gewalt zur „Zivilmacht“ zu erklären – als ob dies überhaupt möglich und erstrebenswert wäre.

Was nicht verstanden wird, ist die Notwendigkeit, dass Europa zur Erfüllung seiner internationalen Mitverantwortung auf allen Sektoren politischen Handelns stark sein sollte. Dies schließt auch die Fähigkeit zur Androhung und Anwendung von Militärmacht mit ein. In der sich globalisierenden Welt gewinnt die „Weltinnenpolitik“ zunehmend an Dynamik, und wir Europäer

sollten die Kontrolle der unausweichlichen und oftmals schmerzhaften Veränderungsprozesse nicht nur den USA oder den neuen asiatischen Großmächten überlassen.

Der EU-Außenpolitik wird vorgeworfen, die „klare Trennung zwischen zivilen und militärische Instrumenten in der Krisenprävention zu verwischen“. Diese Trennung besteht wohl nur in den Wunschvorstellungen der Autoren – in der realen Welt gehören beide Instrumente zusammen. Man möge doch bitte die namhaften Positionen der anderen europäischen Mittelmächte anschauen – dort wird „Realpolitik“ betrieben, von der wir lernen könnten.

Kontraproduktiv auch die Schelte an der „falsch justierten Bundeswehr“. Man kritisiert, dass die Strukturplanung des BMVg auf keiner „sicherheitspolitisch überzeugenden Bedarfsanalyse“ beruht – eine solche hätte man dann gerne hier gesehen. Die Bundeswehr übt bei „Invasionsmanövern nicht die Verteidigung des eigenen, sondern die Einnahme feindlichen Territoriums“, sie besteht sogar auf einem „Truppenübungsplatz, der als einziger in Deutschland die Simulation von Angriffsoperationen mit Luft-Boden-Raketen ermöglicht“.

Es ist kaum zu begreifen – eine ranghohe Politikerin hat gerade die „humanitäre Intervention“ der Bundeswehr im Sudan gefordert, aber anstatt die eigenen Streitkräfte für eine solche (eigentlich überfällige) Mission auszustatten, erhält eine lokale Bürgerinitiative die Chance zur friedlichen Selbstdarstellung. Wie lange dauert der Lernprozess in der Politikbetrachtung, bis alle wissen, dass unsere Streitkräfte allmählich einen Status einnehmen sollten, der sie zur Teilnahme an Invasionen gegen ein Unrechtssystem wie am 6. Juni 1944 befähigt?

Larmoyant sind vor allem die an verschiedenen Stellen auftauchenden Forderungen nach Senkung der Militärausgaben, „um Mittel für langfristig orientierte Krisen-Prävention und Konflikt-nachsorge verfügbar zu machen“. Schlimm, um nicht zu sagen scheinheilig, ist aber die fast wohlwollende Behandlung Russlands im Friedenskontext – es ist eine „verlässliche Größe“, handelt „gelassen“, verzichtet sogar auf

„imperiale Drohungen“! Russlandkenner wie –liebhaber würden berichten, dass sich dieses über Nacht ändern könnte, sobald unser großer Nachbar wieder über mehr – nicht demokratisch kontrollierte Potenz verfügt. Auf dem Weg dorthin hat er sich zum zweitgrößten Waffenexporteur weltweit gemauert, und im Rahmen seiner uneingeschränkten Lieferbereitschaft kürzlich moderne Waffensysteme an die Militärregierung Sudans verkauft. Kein vollständiger Satz wird verschwendet über die Konsequenzen einer „gelenkten Demokratie“ – ein Euphemismus für den Übergang zur Diktatur, und die Menschenrechte in Tschetschenien sind nur eine milde Erwähnung wert – hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Es ist wohl einfacher, die USA und die eigene Regierung zu schelten, als einer „Weltmacht in Regeneration“ die einfache Wahrheit zu sagen.

Die 29 Einzelanalysen sind unterschiedlicher Qualität, von der soliden Beschreibung des Terrorismusproblems durch Hans-Joachim Gießmann über die klare Analyse bei den Massenvernichtungswaffen durch Harald Müller, über die sehr lesenswerte Bewertung des Staatszerfalls durch Hans-Georg Ehrhart, eine nachvollziehbare Begründung für den EU-Beitritt der Türkei von Bruno Schoch, eine interessante Würdigung des Begriffs „Human Security“ durch Michael Brzoska bis hin zu den Möglichkeiten bei der Frühwarnung von Angelika Spelten.

Weniger überzeugend die Fragestellungen nach der zivilen Konfliktbearbeitung durch Christoph Weller, die Betrachtung der deutschen Friedenspolitik durch Reinhard Mutz – er präferiert Metaphern aus der Fußballwelt und sieht „Orwellsche Sprachverformungen“ bei der deutschen Sicherheitspolitik. Weniger überzeugend sind die gesinnungsethisch getriebenen Ausführungen zu den „Militärs als Entwicklungshelfer“ von Andreas Heinemann-Grüder/Tobias Pietz, sie sehen die „in westlichen Demokratien charakteristische zivildemokratische Kontrolle gegenüber dem Militär in den Postkonflikt-Gebieten außer Kraft gesetzt“ – ein schwerer Vorwurf gegen die aktuelle Regierung, die den Primat der Politik über die Streitkräfte zu jeder Zeit gewährleisten muss –

und behaupten, dass positive Berichte über Cimic-Einsätze „die Truppenmoral verbessern und damit den Rückzugswillen(?) mindern“.

Der Bundeswehr wird „geringe entwicklungspolitische Kompetenz“ attestiert und das von der Regierung geplante „Entsendegesetz“ mit Argwohn betrachtet. Für die Verfasser wird „die Mission einer humanitären Organisation durch die Nähe zum Militär diskreditiert“, ein Nachweis für all diese Abgrenzungsargumente wird aber in keinem Fall geliefert. So wird Abgrenzung statt Kooperation verfestigt, ohne Grundlage von Fakten. Man kann vermuten, dass eine Art „präemptiver Existenzangst“ und nur die Unwissenheit über die Leistungsfähigkeit anderer Politikbereiche hier die Feder geführt hat.

Für das Friedensgutachten 2005 wünscht man sich die Anwendung des Prinzips „Do no Harm“, diesmal für den deutschen Steuerzahler, indem ein unvoreingenommenes, interdisziplinäres und objektiv nachvollziehbares Herangehen an die äußerst komplexe Fragestellung nach dem besten Weg zum Frieden gewählt wird.

*

(2) Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik hat mit dem Ergänzungsband 1 zur Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen das im Jahr 2001 vorgelegte „Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff“ aktualisiert, und dabei deutliche Veränderungen wie z.B. bei EU und GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) wie auch Fragestellungen zur Inneren Sicherheit mit aufgenommen. Diese Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen „umfasst neben der Außen- und Verteidigungspolitik auch wirtschafts- und finanzpolitische, innenpolitische, staats- und völkerrechtliche, entwicklungspolitische, soziale und ökologische Aspekte“.

Nach dem 11.09.2001 musste die Verzahnung von Innerer und Äußerer Sicherheit näher betrachtet werden. Beiträge zur Erhellung dieser komplexen Zusammenhänge haben namhafte Per-

sönlichkeiten aus Regierung und Wissenschaft zur Verfügung gestellt, wie die Staatssekretäre Peter Eickenboom (BMVg), Lutz Diwell (BMI), die Professoren Christian Hacke (Bonn), Heinz-Jürgen Axt (Duisburg-Essen) und Manuel Fröhlich (Jena). Die Sicherheitsdimension in der EU-Verfassung wird sachkundig kommentiert von Josef Janning/Claus Giering (Bertelsmann-Stiftung). Admiral a.D. Hans Frank (BAKS) bescheinigt der deutschen Sicherheitspolitik konzeptionell die „volle Übereinstimmung mit der GASP“ und unterstreicht, dass präventive Sicherheitspolitik auch „politische und diplomatische Initiativen sowie den Einsatz wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer, rechtsstaatlicher, humanitärer und sozialer Maßnahmen umfasse“, und er fordert ein „ressortübergreifendes Krisenmanagement“.

Die Einzelberichte zu Afghanistan (Wilhelm Dietl), Irak (Peter Hünseler), zum Globalen Islamistischen Netzwerkterrorismus (Kai Hirschmann) u.a. offenbaren beträchtliche Sachkenntnis, und wer sich für eine kritische und zugleich ausgewogene Betrachtung Russlands interessiert, wird von Alexander Rahr (DGAP) gut informiert. Besonders lesenswert erscheint der Beitrag von Hans-Ulrich Seidt vom Auswärtigen

gen Amt – er befasst sich mit dem heißen Thema von morgen: Staatszerfall und Anomie. Er sieht trotz militärischer Stabilisierungsversuche die „einst so stabile Staatenwelt im Zerfall. In ihren Trümmern entstehen Umschlagplätze des internationalen Waffen-, Drogen- und Menschenhandels. Rechtsfreie Räume werden zum Ausgangspunkt der großen Wanderungen, zur Brutstätte der Pandemie Aids oder zum Rückzugsgebiet von Terroristen.“ Er konstatiert das erneute Auftauchen des Begriffs „Geopolitik“, und begrüßt den „pragmatischen Realismus“ wie er in den Außenpolitischen Thesen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 1. Fassung vom 13.06.2003 vorgestellt wird.

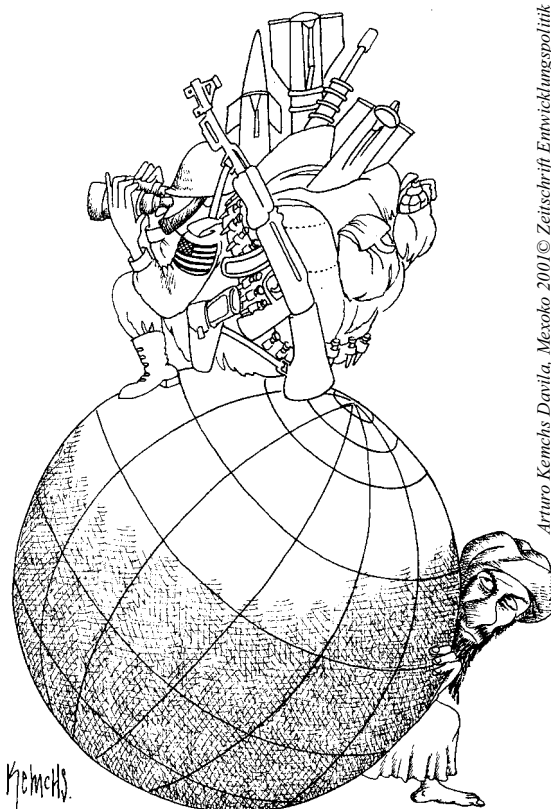
Es geht in Zukunft darum, schreibt Seidt, „hinter der Fassade staatsrechtlicher Fiktionen und diplomatischer Absichtserklärungen in anomischen Räumen die tatsächliche Lebenswelt der Menschen zu erkennen und zu gestalten.“ Abschließend zitiert er die Bundesregierung: „Dies bedeutet langfristig auch, die Grundlagen einer kooperativen Ordnungspolitik für das 21.

Jahrhundert zu entwerfen, die Zonen der Ordnungslosigkeit nicht mehr zulässt und auf eine Weltordnung zielt, die allen Völkern eine volle und gerechte Teilhabe ermöglicht.“

Dem ist nichts hinzuzufügen – man darf aber gespannt sein, wie die teilweise in alten Stereotypen verhafteten Politikbereiche und Nichtregierungsorganisationen auf solche neuen Denk- und Planungsansätze reagieren werden. Die OECD hat mit ihrem Development Assistance Committee (DAC) einen Vorschlag dazu vorgelegt: „Whole-of-Government Approach“, eben „gemeinsames Regierungshandeln“. Nicht nur die Leser dieses sachlichen und hoch-informativen Sachbuches werden darauf gespannt sein.



Rezension



Arturo Kemachs Davila, Mexiko 2001 © Zeitschrift Entwicklungspolitik



Rezension

*

(3) Die insgesamt 17 Beiträge gehen auf Erkenntnisse und Empfehlungen aktiver „Krisenmanager“, Politiker und Wissenschaftler zurück, die auf Veranstaltungen der BAKS

über krisenhafte Entwicklungen und ihre Beherrschung gesprochen haben. Ein breites Spektrum ziviler und militärischer Konfliktbearbeitung wird vorgestellt, mit dem Ziel, auf Chancen und Synergien hinzuweisen, die sich aus dem unterschiedlichen Zusammenwirken staatlicher und nicht-staatlicher Akteure ergeben können. Die Bundesakademie erfüllt damit einen ihrer Grundaufträge: Sie plädiert für ein Ressort übergreifendes Krisenmanagement – genau das, was zurzeit fehlt und auch mit dem jüngsten „Aktionsplan der Bundesregierung“ noch nicht hinreichend geleistet wurde.

Während Tobias Debiel (ZEF) sich auf zivile Strategien der Konfliktverhütung konzentriert, sieht er „die Staaten- und Gesellschaftswelt noch weit davon entfernt, über ein funktionierendes globales Regime zur konstruktiven Konfliktbearbeitung zu verfügen“, und er unterstreicht die „Vorteile nicht-staatlicher Akteure, wenn es darum geht, Kommunikation jenseits diplomatischer Vorgaben zu ermöglichen“. Jürgen Chrobog vom Auswärtigen Amt erkennt strukturelle und akute Krisenprävention sowie Krisenbewältigung als „außenpolitische Herausforderungen“ und erläutert die Möglichkeiten und Grenzen der „Präventiven Diplomatie“. Bisweilen scheitert diese Art der Diplomatie, aber „wenn sie erfolgreich ist, steht sie nicht im Licht der Öffentlichkeit... Strukturelle Prävention braucht einen langen Atem“. Michael Steiner bezeichnet peace-keeping als „hartes Brot“, aber: „Es ist möglich“, und er unterlegt dieses anhand seiner Erfahrungen aus Bosnien und dem Kosovo.

Andreas Mehler befasst sich mit den Reformen staatlicher Institutionen und stellt zu Recht fest, dass „große institutionelle Reformen auch Verlierer schaffen“ – von diesen natürlichen Gegenspielern jeglicher Reform hört man sonst wenig. Ob man allerdings so weit gehen kann, bei den Reformen im Justiz und Sicherheitssektor (JSSR) erst dann Erfolge zu erwarten, wenn „sich

im Zuge von Staatszerfall die alten Strukturen aufzulösen begonnen haben“, ist fraglich. Bisher ist nicht gelungen, einen einmal zerfallenen Staat über eine „Notversorgung“ hinaus zu rekonstruieren. Könnte es sein, dass Mehler den durch die Globalisierung stetig zunehmenden Reformdruck in den Eliten von Gesellschaft wie auch in Militär und Polizei der Entwicklungsländer unterschätzt?

Wolfram Zunzer erläutert die „zivile Konflikttransformation“ und ordnet dabei die „Strategie der präventiven Konfliktvermittlung und reaktives Krisenmanagement“ den machbaren Aktivitäten ziviler Organisationen zu. Hier liegt wohl eine beträchtliche Überschätzung der „zivilen“ Möglichkeiten vor, denn solche Strategien dürften ohne enge Kooperation mit den diplomatisch/militärischen Potenzialen wertlos sein. Seine Aussage, dass „zivile Konfliktbearbeitung insbesondere dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn eine Art Machtgleichgewicht oder Pattsituation in politischer und militärischer Hinsicht zwischen den Kriegsgegnern besteht“, unterstützt den Zusammenhang zwischen zivilen und militärischen „Potenzialen“. Weiter heißt es: „Um auf Dauer eine friedliche Wirkung zu erreichen, ist es notwendig, zwischen allen drei Tracks“ – hier wäre schon zu fragen, ob Tاملين und andere Akteure das Konstrukt der drei Tracks überhaupt nachvollziehen können – „eine ausreichende Kohärenz herzustellen. Hierfür bedarf es einer möglichst gut funktionierenden Abstimmung zwischen den in diesem Bereich tätigen staatlichen und multi-lateralen Akteuren, kirchlichen Trägern, politischen Stiftungen, den Nichtregierungsorganisationen sowie den Organisationen aus humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit.“

Die tägliche Praxis in tropischen Regionen hat doch eindeutig aufgezeigt, dass die Mehrzahl der genannten Akteure der eigenen Agenda folgt und solche Erwartungen an eine Kohärenz als zwingende „conditio sine qua non“ einfach unrealistisch sind. Das Fazit Zunzers gleicht einer Versuchsanleitung aus der Retorte: „Um Koordination... leisten zu können, bedarf es... einer genauen Kenntnis von den Verbindungen innerhalb und zwischen unterschiedlichen politischen Zusammenhängen sowie über den vernetzten Charakter der Beziehungen zwischen Staat, Zivilgesellschaft, der informellen und for-

mellen Ökonomie, kriminellen und sozial-politischen Gruppen, Polizei, Militär und Paramilitärs.“ Wie kommt man mit dem ausschließlich „zivilen Ansatz“ an diese Informationen?

Weiter heißt es: „Allianzen sind hierbei als Abstimmung von Eckpunkten aktueller und geplanter konflikttransformativer Aktivitäten auf Zeit zu verstehen, um Doppellagen zu vermeiden und Synergieeffekte zu ermöglichen. Sie setzen ein hohes Maß an politischer Netzwerkarbeit und ein Mindestmaß an übereinstimmender politischer Vision sowie die Fähigkeit voraus, Abstimmungsprozesse trotz Konkurrenz konstruktiv zu gestalten und eine Dynamik negativer Konkurrenz zwischen den Organisationen zu vermeiden.“ Wo befindet sich der Autor, im Oberseminar oder in Port-au-Prince? Im letzteren gewiss nicht, dort würde man ihn nicht verstehen. Vielleicht könnte man sich doch einmal mit einer integrierten Herangehensweise an die wichtige Aufgabe der Krisenprävention befassen?

Ulrike von Pilar fällt die Entscheidung nicht leicht, wie sich humanitäre Organisationen verhalten sollten, „neutral“ oder „aktiv an der Prävention mitarbeiten“? Ihre Erkenntnisse beruhen weitgehend auf dem Wirken von „Ärzte ohne Grenzen“, deren segensreiche Aktivitäten weltweit geschätzt werden. Man kann nur zustimmen: „Humanitäre Organisationen sollten überhaupt nicht das Geschäft und die Verantwortung der Politik übernehmen.“

Zugleich aber bedeutet humanitäre Hilfe auch immer, „sich zu widersetzen, wenn Menschen durch Gewalt bewusst und absichtlich Leiden zugefügt werden“. Kann man da unparteiisch funktionieren, ohne für die Hilflosen einzutreten und den Böse-tuenden den Spiegel vorzuhalten? Das Dilemma für die humanitären Helfer wird weiter existieren. Dies zeigt auch der gerade verkündete Rückzug der „Ärzte ohne Grenzen“ aus Afghanistan – bei der öffentlichen Begründung wurde u.a. auch die Armee der Vereinigten Staaten wegen bestimmter Regelverstöße kritisiert – sicher keine unpolitische Aktion.

Abschließend erläutert Cord Jakob das „Krisenmanagement am Beispiel Kongo“. Seine Bewertung der durch Frankreich geleiteten und von der UN mandatierten

militärischen „Operation Artemis“ ist weitaus zurückhaltender als die offizielle Lesart.“ Und: „Es reicht nicht aus, die Verstrickung Ugandas und Ruandas nur ..anzusprechen. Deutlichere negative Sanktionen sind längst überfällig.“ Er beklagt, „wie weit die europäische Afrikapolitik noch von der beschworenen Kohärenz entfernt ist“ und sieht im Verhalten der EU ein „massives Glaubwürdigkeitsproblem“. Jakobowitz warnt im voraus: „Die rund 40 bewaffneten Milizen, die weiter im Osten der DR Kongo operieren und deren Entwaffnung bisher nicht ernsthaft in Angriff genommen wurde, stellen eine Gefahrenherd dar, der jederzeit wieder ausbrechen kann.“

Insgesamt eine sehr informative Publikation, geeignet dazu, den „Mehrwert“ aufzuspüren, der sich aus dem Zusammenwirken verschiedener Akteure im Konfliktverlauf ergeben kann.

*

(4) Die Frage nach dem Verhältnis von Demokratien zum Krieg stellt sich dringlicher denn je zuvor, nicht zuletzt auch deswegen, weil wir fest daran glauben wollen, dass Krieg in Demokratien nicht mehrheitsfähig ist. Sobald – theoretisch angenommen – das gesamte Staatenwesen nur noch aus Demokratien besteht, würde Krieg nicht mehr auf der Tagesordnung stehen müssen.

Die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) ist anlässlich ihrer Jahreskonferenz 2003 an der Evangelischen Akademie Iserlohn, quasi am Vorabend des Irak-Kriegs, diesen Fragestellungen nachgegangen und hat die Ergebnisse des Kolloquiums nunmehr vorgestellt. Die vereinten Bemühungen von 20 Wissenschaftlern können sich sehen lassen, wengleich die in angemessener Sachlichkeit veröffentlichten Erkenntnisse manchen friedensbewegten KollegInnen hinreichend Anlass zur weiteren Skepsis bieten dürften.

Die Herausgeber erörtern in der Einführung die Theorie des Demokratischen Friedens „geprägt durch ein spezifisch liberales Welt- und Gesellschaftsbild, in dem aus vernunftpraktischen Überlegungen wie zugleich aus normativen Gründen Krieg kein geeignetes Mittel der Konfliktaustragung dar-

stellt“. Empirisch wird ein „Doppelbefund“ definiert: „Demokratien führen tatsächlich untereinander (fast) keine Kriege und tragen politische Konflikte überwiegend mit nicht-militärischen Mitteln aus. Gegenüber nicht-demokratischen Staaten zeichnet sich das Verhalten von Demokratien aber durch eine ebenso unfriedliche außenpolitische Bilanz aus, wie sie auch bei autoritären Staaten zu beobachten ist.“ Diese Auffassung wird in der aktuellen Tagespolitik bestätigt: die ersten Forderungen nach einer militärischen Intervention im Sudan kamen von humanitären Organisationen und Politikern, die sich auf einen friedenspolitischen Hintergrund berufen.

Zur Kernfrage nach der Friedfertigkeit demokratischer Staaten kann man aus unterschiedlichen Beiträgen lernen, welchen Entwicklungsprozess die älteste und größte Demokratie, die Vereinigten Staaten, in diesem Zusammenhang durchlaufen hat. „Als der Kampf um die Unabhängigkeit entschieden war – 1783 –, schickte der Kongress die Truppen nach Hause“ führt Bernd Greiner aus und bewilligte ein stehendes Heer von 80 (achtzig) Mann. 1814, nach dem neuerlichen Krieg gegen England, waren nur 6000 Mann unter Waffen geblieben, ... und der Gouverneur von Massachusetts hatte sich im Jahr 1812 unter Hinweis auf die dem Militär abgeneigten Bürger seines Landes geweigert, einer Bitte des Kongresses nach Verstärkung nachzukommen.“

Nach dem Ersten Weltkrieg hatten die USA ihre Truppen sofort demobilisiert, die Existenz von Militär, vor allem von Landstreitkräften, sei von der „überwältigenden Mehrheit in Politik und Wirtschaft als letztlich mit einer bürgerlich-liberalen Gesellschaft nicht vereinbar angesehen worden“. Schon kurz vor dem Schock über Pearl Harbor diagnostizierte der Historiker David M. Kennedy den Beginn einer „politischen Ökonomie der Angst“, die über den Zweiten Weltkrieg, den Kalten Krieg und schließlich nach dem 11.09.2001 als vorläufigem Höhepunkt mit der „schleichenden Entmachtung der Zivilgesellschaft“ einhergeht. Albrecht Funk spricht gar von einem „Doppelstaat amerikanischer Prägung, der sich gegenüber seinen BürgerInnen weitgehend als Rechtsstaat verhalte, Nicht-BürgerInnen jedoch eine rechtsstaatliche Behandlung vorenthalte“.

Die Frage lautet: Wenn die älteste Demokratie der Welt sich innerhalb von 220 Jahren vom „Antimilitarismus“ hin zur „Super-Militärmacht“ entwickelt konnte, wenn die aktuelle Administration ohne Bekümmerung die Vorzüge der „soft-power“-Ausstrahlung einer so erfolgreichen Staatsform vernachlässigen kann – was wird dann von der Europäischen Union zu erwarten sein, wenn Demokratie und Wohlstand in all ihren Mitgliedstaaten weiter vorangeschritten sind? Hier könnte eine neue Fragestellung für die AFK gesehen werden.

Der Begriff „Feindbild“ taucht wieder auf, gleichzeitig kontrastiert bei den Demokratien, so Werner Ruf, „der Anspruch auf eine friedliche und an der Achtung der Menschenrechte orientierte Politik“ mit deren „hegemonialer Arroganz“ und den „Double Standards“ ihres Außenverhaltens, am Ende steht ein „dichotomisiertes Weltbild.“

Mehrere Autoren, wie Harald Müller, Christopher Daase und Sven Chojnacki halten es für wahrscheinlich, dass „der Anspruch demokratischer Staaten auf die universelle Durchsetzung demokratischer Normen und die Verbreitung von Demokratie im internationalen System militärische Gewalt als Handlungsoption wahrscheinlicher mache“.

Unter der Prämisse, dass die AFK zutreffend beobachtet und gefolgert hat, sind dem Band zahlreiche bedenkenswerte Zusammenhänge zu entnehmen. Inhaber von pazifistischen Positionen werden vielfach nicht zustimmen können, die Mehrzahl der kritischen Zeitgenossen wird sich aber, wie einst Gottfried Benn, die Frage stellen müssen, „ob man nicht die Schwerter halten müsse vor die Stunde der Welt“. Es geht um nichts Geringeres als die Verteidigung der Würde und der unveräußerlichen Rechte von Milliarden von Menschen – der kritische Punkt ist aber, ob wir in der Ersten Welt zukünftig dafür unsere Haut und unsere Seelen einsetzen wollen.

Wolf Poulet



Rezension